K-1 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in:	Manfred Seibel (KV Südwestpfalz); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt/Wstr); Claudia Laux (KV Ahrweiler); Jürgen Gauer (KV Rhein-Lahn); Georg Sprung (KV Landau); Tim Ott (KV Mainz); Simon Schmitz (KV Mayen-Koblenz); Fabian Ehmann (KV Mainz); Lea Heidbreder (KV Landau); Michael Hauer (KV Trier); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Jonas Volkmann (LV Grüne Jugend Rheinland-Pfalz/KV Landau); Patrick Toschka (KV Mainz); Philipp Veit (KV Mainz); Waltraud Blarr (KV Neustadt-Weinstraße); David Nierhoff (KV Mainz); Fritz Engbarth (KV Kaiserslautern); Nicolas Dietrich (KV Kaiserslautern); Rolf Radicke (KV Koblenz); Monika Treis (KV Mayen-Koblenz); Aiman Zakzak (KV Kaiserslautern); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Joachim Herder (KV Vulkaneifel); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Sabine Granzow (KV Mayen-Koblenz); Sonja Daniels (KV Neuwied); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Thorben Thieme (KV Neuwied); Ann-Kathrin Schrepfer (KV Neuwied); Martina Hartmann (KV Neuwied); Michael Lotz (KV Neuwied); Natalie Treber (KV Alzey-Worms); Peter Buchholz (KV Neuwied); Uwe Hofmann (KV Mainz-Bingen); Alexandra Wagner (KV Mayen-Koblenz); Rodi Almohamad (KV Alzey-Worms); Martin Jende (KV Mayen-Koblenz); Johannes Bundt (KV Neuwied); Benjy Thömmes (KV Vulkaneifel); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz); Sandra Lorbach (KV Mayen-Koblenz); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Tabea Rößner (KV Mainz); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Christoph Hecker (KV Mainz); Bernd Schumacher (KV Südwestpfalz); Bettina Sagebiel (KV Neuwied); Rupert Röder (KV Mainz); Samuel Himmel (KV Mainz-Bingen); Christine Geiger (KV Alzey-Worms); Thomas Klisch (LV Grüne Jugend Rheinland-Pfalz/KV Mainz); Marlon Wrasse (KV Westerwald); Nina Wagner (KV Mainz-Bingen); Siegrid Braun (KV Rhein-Hunsrück); Tenko Saphira Bauer (KV Ludwigshafen-Stadt); Teresa Broda (KV Mainz); Michael Lange (KV Neuwied); Georg Leufen-Verkoyen (KV Mainz-Bingen); Sebastian Schmidt (KV Alzey-Worms); Dorothea Hafner (KV Vulkaneifel); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Natalie Cramme-Hill (KV Trier);
Tagesordnungspunkt:	4. Klimaschutz
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Bis spätestens 2040 wollen wir in Rheinland-Pfalz (RLP) klimaneutral werden. Es gilt, den kritischen Zeitpunkt für das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele nicht zu verpassen. Für eine lebenswerte Zukunft in RLP müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen, um unsere Städte und Dörfer klimaneutral zu gestalten und ihre Resilienz für die immer häufiger auftretenden Klimawandelfolgen zu stärken. Robert Habeck hat mit seinem Ministerium durch ein beherztes und kompetentes Handeln innerhalb von kürzester Zeit unsere Versorgungssicherheit und die unserer Wirtschaft wieder gewährleistet. Unser politischer Auftrag ist

es, durch beherztes und konsequentes Handeln dafür zu sorgen, dass wir uns aus dieser für unsere Volkswirtschaft und unser Klima so gefährlichen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern so schnell wie möglich lösen.

Gemäß des Koalitionsvertrags für die 18. Legislaturperiode (2021-2026) gilt es, das 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und dadurch eine nachhaltige Zukunft für RLP zu gewährleisten. Der jüngste IPCC-Sachstandsbericht hat die Dringlichkeit für konkrete Maßnahmen hervorgehoben. Schon jetzt sind die Folgen der fortschreitenden Klimakrise in RLP mit zunehmenden Extremwetterereignissen spürbar und die 15 wärmsten Jahre seit Beginn unserer Aufzeichnungen verzeichnen wir in RLP in den letzten 30 Jahren. Und auch die energiewirtschaftlichen Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands gegen die Ukraine haben deutlich gemacht, dass Klimaneutralität und die zukünftig vollständige Ausrichtung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien nicht nur eine klimapolitische, sondern auch eine sicherheitspolitische sowie soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Für die Versorgungssicherheit der Menschen müssen wir den Klimaschutz nach vorne stellen, Kommunen bei Klimaschutzmaßnahmen vor Ort unterstützen und die Umsetzung sozial gerecht gestalten.

Der aktuelle rheinland-pfälzische Klimabericht 2022 zeigt, dass die angestrebte Reduktion der Treibhausgasemissionen verfehlt wurde und seit 2015 eine Stagnation in den verschiedenen Sektoren zu verzeichnen ist. In den Sektoren Gebäude und Verkehr mit jeweils rund einem Viertel und im Sektor Industrie mit gut einem Drittel der Emissionen in RLP müssen erheblich größere Anstrengungen unternommen werden, damit RLP möglichst schnell, spätestens jedoch 2040, die Klimaneutralität erreichen kann.

Denn eins ist uns bewusst: Klimaschutz passiert vor Ort und ganz konkret und jeder kann daran teilhaben und wird davon profitieren. Deshalb wollen wir unsere Kommunen weiterhin unterstützen und ihnen, z. B. im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms für Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und des Kommunalen Klimapakts (KKP), die notwendigen Ressourcen an die Hand geben. Mit KIPKI haben wir ein bundesweit einmaliges Investitionsprogramm in Höhe von einer viertel Milliarde Euro auf den Weg gebracht, mit dem unsere Kommunen einfach, unbürokratisch und schnell in Klimaschutz investieren können. Das ist Klimaschutz, der vor Ort ankommt und die kommunale Selbstverwaltung ernst nimmt!

Für uns GRÜNE gilt: In allen Sektoren müssen wir jetzt verbindlich Klimaschutz umsetzen. Dies betrifft den notwendigen Aufbau von Anlagen zur Erzeugung und Speicherung Erneuerbarer Energien. Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss beschleunigt und prioritär vorangetrieben werden. Aber auch bei der Bewältigung großer „Klima-Brocken“ wie den Sektoren Verkehr und Gebäudeenergie braucht es klare Regulierungen und große finanzielle Anstrengungen, die nur gemeinsam mit dem Bund zu bewältigen sind.

ENERGIEWENDE IN STADT UND DORF

Für klimaneutrale Kommunen brauchen wir einen umfassenden Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Solar- und Windenergie. Dafür haben wir in unserem Koalitionsvertrag mit den Regierungspartnern nach intensiven Verhandlungen vereinbart bis 2030 den kompletten Strombedarf des Landes aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Hierzu sind Zubauraten von mindestens 500

Megawatt (MW) Wind und 500 MW PV-Leistung pro Jahr in RLP notwendig. 2022 wurden aber gerade einmal 71 MW Wind und 323 MW Photovoltaik (PV) zugebaut.

Hinsichtlich der Windenergie wurde die im Koalitionsvertrag des Landes enthaltene Verlagerung für Genehmigungsverfahren auf die Struktur- und Genehmigungsdirektionen aktuell bereits umgesetzt, der Bund hat mit dem Windenergie-an-Land-Gesetz eine wesentliche Voraussetzung für den Ausbau geschaffen. Ebenso wie das Land NRW beabsichtigen wir die darin enthaltenen Fristen bis 2032 nicht auszunutzen, sondern wollen eine regionale Ausweisung von 2,2% der Landesfläche für Windenergie bis zum Ende der Legislatur abschließen und Kommunen bei der zügigen Fortschreibung ihrer Flächennutzungspläne und Ausweisung unterstützen.

Wir werden uns dabei auch dafür einsetzen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien z.B. durch kommunale Solidarpakte, Bürgerstrommodelle und genossenschaftliche Beteiligung praktisch wie monetär bei den Kommunen und den Menschen vor Ort ankommt. Die Agri-PV wollen wir durch Pilot-Anlagen auf Landesflächen weiter fördern und die Planung von PV an Lärmschutzwände und Dämmen an Bahnen und Straßen unterstützen.

Für eine schnelle Energiewende ist es auch wichtig, gerichtliche Verfahren zu beschleunigen. Daher müssen in der Justiz die personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um Verfahrensabläufe noch schneller zu führen und abzuschließen.

Mit dem Solarpaket hat die Ampel-Koalition im Land einen wichtigen Schritt beim Ausbau der Solarenergie im Land angekündigt. Mit der Pflicht für Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden bei Neubau und Sanierung erfüllt die öffentliche Hand eine wichtige Vorbildfunktion. Der Paradigmenwechsel, PV auf denkmalgeschützten Gebäuden in der Regel zu genehmigen, ist ebenso zu begrüßen wie die deutliche Anhebung des Volumens bei der PV-Freifläche auf 400 MW. Damit ermöglichen wir den Kommunen vor Ort Klimaschutz umzusetzen und Wertschöpfung in der Region zu generieren. Mit dem Kommunalen Klimapakt stellen wir den teilnehmenden Kommunen ganz konkrete Beratung der Energieagentur zur Ausweisung von PV- und Windkraftflächen zur Verfügung.

WÄRMEWENDE IN STADT UND DORF

Im Sektor Gebäude konnten die CO2-Emissionen in RLP nur um 10,5% im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Daher müssen gerade im Gebäudesektor noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden.

Für das Erreichen unserer Klimaschutzziele ist die Wärmewende im Gebäudebestand zentral. Der Umstieg auf erneuerbare Energien im Wärmebereich schafft Energiesicherheit, schützt vor Kostensteigerungen beim Heizen mit fossilen Energien und sorgt für Planungssicherheit für Investorinnen und Investoren. Die Wärmewende ist nicht nur notwendig, um unsere Klimaziele zu erreichen. Mit jeder Kilowattstunde Gas oder Öl, die wir weniger importieren, machen wir uns unabhängiger von autokratischen Staaten. Außerdem steigern wir die regionale Wertschöpfung vor Ort.

Für uns GRÜNE ist klar, dass die Wärmewende nur sozial gerecht geht. Daher brauchen wir umfassende Beratung, z. B. durch die Verbraucherzentralen und die Energieagentur RLP, sowie ausreichend Förderung bei Investitionen in Erneuerbare Heizsysteme und energetische Sanierungen.

Um an Gegebenheiten vor Ort anzuknüpfen - nachhaltig verfügbare Bioenergie und regionale, sichere Tiefen-Geothermiepotenziale sowie industrielle Abwärme zu nutzen und Wärmenetze zu bauen - muss die Wärmewende in Quartieren und Dorfgemeinschaften geplant und umgesetzt werden. Mit diesem dezentralen Ansatz kommt den Kommunen eine Schlüsselfunktion bei der Wärmewende zu.

Deshalb unterstützen wir die vom Bund geplante Verpflichtung einer kommunalen Wärmeplanung für Städte und Gemeinden und fordern ein flankierendes Förder- und Beratungsangebot. Die Wärmeplanung sollte hierbei möglichst digital und dynamisch erfolgen. Dazu sind allen beteiligten AkteurInnen aktuelle Energiedaten datenschutz-konform zur Verfügung zu stellen. Kommunen sollen zudem bei der Umsetzung von Wärmenetzen, klimaneutralen Neubaugebieten und der Ausweisung von Sanierungsgebieten im Bestand unterstützt werden.

Um auch als öffentliche Hand als Vorbild voranzugehen, fordern wir für alle öffentliche Gebäude einen energetische Sanierungsfahrplan.

Ohne das Klimahandwerk ist eine Transformation im Energie- und Wärmebereich nicht umsetzbar. Wir fordern daher eine Ausbildungs- und Qualifikationsoffensive für das Klimahandwerk und einer Anpassung bei der Ausbildungsvergütung. Deshalb wollen wir dort auch die Weiterbildung finanziell unterstützen.

MOBILITÄTSWENDE IN STADT UND DORF

Der Sektor Verkehr mit einem Anteil von 25,2 % in 2020 an den Gesamt-Emissionen in RLP ist der einzige Sektor, bei dem sich die Emissionen gegenüber 1990 sogar um 4,5 % erhöht haben. Daher ist dringend eine Mobilitätswende erforderlich, die auf den Zielerreichungspfad eines klimaneutralen Sektors Verkehr führt.

Zur Erreichung der Klimaneutralität im Verkehr brauchen wir neben klaren Vorgaben zur Elektrifizierung der Antriebe beim motorisierten Individualverkehr auch eine deutliche Verringerung desselben. Wir müssen den Ausbau des ÖPNV mit Bahnen und Bussen forcieren, den Fuß- und Radverkehr stärken und gleichzeitig Maßnahmen auf den Prüfstand stellen, die den Autoverkehr fördern. Das Deutschlandticket ist ein wichtiger verkehrspolitischer Meilenstein, der den Tarifdschungel auflöst und den ÖPNV einfacher und günstiger macht. Dem muss ein attraktives Angebot in Bus und Bahn gegenüberstehen.

Dafür braucht es einen konsequenten Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur, die Elektrifizierung des Schienenverkehrs und barrierefreie Modernisierung der Zugänge. Dies bedeutet insbesondere eine über die bereits erfolgten Erhöhungen hinausgehende Steigerung der Regionalisierungsmittel und ein mutiges Angehen des Investitionsstaus im Bahnverkehr. Wir setzen uns dafür ein, wesentlich mehr Mittel aus dem Landeshaushalt für einen attraktiven ÖPNV einzusetzen und kommunale Initiativen zur Reaktivierung von Schienentrassen für den Personen- und Güterverkehr, die eine hinreichende Wirtschaftlichkeitsperspektive aufzeigen, verlässlich finanziell zu unterstützen.

Wir wollen keinen Neu- und Ausbau von Autobahnen in RLP. Statt auf die Beschleunigung von Autobahnprojekten zu setzen, sollten die ohnehin knappen Planungs- und Bauressourcen auf den Erhalt, Brückensanierungen und die Schieneninfrastruktur fokussiert werden.

Wir begrüßen die Entwicklung eines Landesnahverkehrsplans unter Federführung des Klimaschutzministeriums in RLP und den angestoßenen Beteiligungsprozess zur

Festlegung von Mindeststandards im ÖPNV. Als GRÜNE wollen wir einen Mindeststandard, der den ÖPNV als echte Alternative zum MIV begreift. Der Landesnahverkehrsplan sollte 2023 erstellt werden.

Das Deutschlandticket gilt es zu verstetigen. Damit viele davon profitieren, begrüßen wir die Unterstützung von Bund und Land bei der Einführung von Jobtickets und fordern eine Ermäßigung für Gruppen wie Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstleistende oder Sozialhilfeempfänger*innen schrittweise einzuführen. Hierzu erwarten wir als ersten Schritt zeitnah ein vergünstigtes Deutschlandticket für junge Menschen. Der Bund wird aufgefordert, sich zu einer langfristigen Mitfinanzierung zu bekennen.

Von der Bundesregierung und dem Bundesverkehrsministerium fordern wir als rheinland-pfälzische GRÜNE die Umsetzung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen und die Wahlfreiheit für Kommunen, über die Einführung von Tempo 30-Zonen in Innenstädten frei in den Räten entscheiden zu können.

KLIMASCHUTZ IN STADT UND DORF UMSETZEN

Klimaschutz gelingt nur, wenn er sozial-gerecht ausgestaltet ist. Unser Ansatz ist dabei Lösungen aufzuzeigen, wie Städte und Dörfer klimaneutral werden können. Bund, Land und Kommunen müssen dafür an einem Strang ziehen.

Dabei müssen wir über den heutigen Stand der Kommunalfinanzierung hinausdenken. Um Kommunen zu befähigen Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, wollen wir eine Regelung finden, so dass Klimaschutzmaßnahmen auch bei nicht ausgeglichenen Haushalten von der ADD genehmigt werden.

Wir wollen das Landesklimaschutzgesetz zeitnah mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 fortschreiben. Dort sollen in RLP verbindliche Sektorziele im Klimaschutzgesetz verankert werden. Das betrifft auch die in diesem Antrag nicht explizit behandelten Sektoren Industrie, Abfallwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft (LULUCF).

Wir wollen ein regelmäßiges unabhängiges und transparentes Monitoring der Klimaschutzziele im Klimaschutzbericht auf der Grundlage aktueller Daten in Verbindung mit zielorientierten Maßnahmenempfehlungen durch den Klimaschutzbeirat.

Die mutige Kommunikation in die Gesellschaft hinein werden wir als rheinland-pfälzische GRÜNE konsequent mitgestalten. Unser Auftrag ist es nicht zuletzt auch die Sorgen der Menschen im Veränderungsprozess ernst zu nehmen, auf Probleme hinzuweisen, dazu konkrete Antworten und Lösungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu entwickeln. Dabei bleibt es unsere Zielsetzung auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen die Klimaschutzziele einzuhalten. Es gilt jedes Zehntel-Grad zusätzliche Erwärmung zu verhindern.

Unterstützer*innen

Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Jonas Volkmann (LV Grüne Jugend Rheinland-Pfalz); Patrick Toschka (KV Mainz); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße); Philipp Veit (KV Mainz); Waltraud Blarr (KV Neustadt-Weinstraße); David Nierhoff (KV Mainz); Fritz Engbarth (KV

Kaiserslautern); Nicolas Dietrich (KV Kaiserslautern); Rolf Radicke (KV Koblenz); Monika Treis (KV Mayen-Koblenz); Aiman Zakzak (KV Kaiserslautern); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Joachim Herder (KV Vulkaneifel); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Sabine Granzow (KV Mayen-Koblenz); Sonja Daniels (KV Neuwied); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Thorben Thieme (KV Neuwied); Ann-Kathrin Schrepfer (KV Neuwied); Martina Hartmann (KV Neuwied); Michael Lotz (KV Neuwied); Jürgen Gauer (KV Rhein-Lahn); Natalie Treber (KV Alzey-Worms); Peter Buchholz (KV Neuwied); Uwe Hofmann (KV Mainz-Bingen); Alexandra Wagner (KV Mayen-Koblenz); Rodi Almohamad (KV Alzey-Worms); Martin Jende (KV Mayen-Koblenz); Johannes Bundt (KV Neuwied); Benjy Thömmes (KV Vulkaneifel); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz); Sandra Lorbach (KV Mayen-Koblenz); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Tabea Rößner (KV Mainz); Tim Ott (KV Mainz); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Christoph Hecker (KV Mainz); Bernd Schumacher (KV Südwestpfalz); Bettina Sagebiel (KV Neuwied); Rupert Röder (KV Mainz); Samuel Himmel (KV Mainz-Bingen); Christine Geiger (KV Alzey-Worms); Thomas Klisch (LV Grüne Jugend Rheinland-Pfalz); Marlon Wrasse (KV Westerwald); Nina Wagner (KV Mainz-Bingen); Siegrid Braun (KV Rhein-Hunsrück); Tenko Saphira Bauer (KV Ludwigshafen-Stadt); Teresa Broda (KV Mainz); Michael Lange (KV Neuwied); Georg Leufen-Verkoyen (KV Mainz-Bingen); Sebastian Schmidt (KV Alzey-Worms); Dorothea Hafner (KV Vulkaneifel); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Felix Rieckert (KV Landau); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Melani Pelaez Jarra (KV Mainz-Bingen)